

INTERVIEW

19. Oktober 2015

**Interview mit Botschafterin Susanne Baumann \
Hochrangige AU – Deutschland Konferenz in Addis Abeba**

Weitere Informationen:

SUSANNE HEINKE

Head of Public Relations

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

+49 (0)228 911 96-44, Fax -22

pr@bicc.de

Am 16. Oktober 2015 fand in Addis Abeba eine hochrangige AU – Deutschland Konferenz zu Fragen der Kleinwaffenproliferation und physischen Sicherung und Verwaltung von Waffenbeständen (PSSM) statt. Die stellvertretende Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafterin Susanne Baumann, antwortet auf Fragen des BICC.

Wer beteiligte sich an der Konferenz in Addis Abeba? Was waren ihre Ziele? Welche Erwartungen hatten Sie an die Konferenz?

Wir haben mit dieser Konferenz in mehrerer Hinsicht Neuland betreten. Zunächst einmal mit dem Thema Kleinwaffen, denn die tödlichen Konsequenzen der nahezu ungehinderten Verbreitung dieser leicht zu bedienenden Waffenart für Staaten mit schwachen Strukturen und inhärenten Konflikten werden leider häufig nicht in ihrer ganzen Dramatik wahrgenommen. Auf dem afrikanischen Kontinent haben uns dies besonders die Konflikte in Libyen und Mali wie auch die terroristische Bedrohung durch Gruppen wie Boko Haram in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Deutschland hat daher beschlossen, sowohl seine diplomatischen Bemühungen für eine höhere Wahrnehmung dieses Problems durch die Staatengemeinschaft als auch seine finanziellen Beiträge für eine bessere Umsetzung der bestehenden internationalen Verträge in den betroffenen Ländern weiter auszubauen. Nordafrika und die Sahelzone bis hin zum Horn von Afrika stehen für uns dabei im Mittelpunkt, weshalb wir jetzt eine strategische Partnerschaft mit der Afrikanischen Union (AU) eingehen wollen.

Gemeinsam mit der AU hatten wir alle für uns strategisch wichtigen Partner auf dem afrikanischen Kontinent – Regionalorganisationen und Staaten – nach Addis Abeba eingeladen, gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten. Dieser Prozess läuft nun bereits seit einigen Monaten. Die Konferenz selbst gab klare Ansätze für eine stärkere

Koordinierung und effizientere Maßnahmen bei der Bekämpfung der Proliferation von Kleinwaffen sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene. Auch die Gebernationen stehen in der Verantwortung, ihre Strategien und Projekte transparent und frühzeitig abzustimmen. Letztlich sollten alle Teilnehmer die Konferenz mit dem Gefühl verlassen, dass man für die nächsten Jahre eine gemeinsame Aufgabe hat. Je früher die fragileren Staaten Afrikas ihre konkreten Probleme bei der Kontrolle von Kleinwaffen erkennen und thematisieren, umso wirkungsvoller können wir ihnen bei der Bewältigung helfen. Deutschland steht dazu bereit, nicht zuletzt im Sinne des neuen Nachhaltigen Entwicklungsziels 16, das unter anderem die „signifikante Reduzierung des illegalen Waffenhandels“ vorsieht.

Deutschland hat im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft bereits einige Aktivitäten zur Kleinwaffenproliferation und PSSM durchgeführt, zuletzt das Expertentreffen in Addis Abeba im September. Warum legt Deutschland solch einen prominenten Fokus auf dieses Thema?

Das Thema Kleinwaffenproliferation verdient unsere höchste Aufmerksamkeit. Nicht umsonst hat sich dieses Jahr auch der VN-Sicherheitsrat ausführlich mit dem aktuellen Bericht von VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zur Situation der Kleinwaffen befasst. Allen ist bewusst, dass jedes Jahr weit mehr als 500.000 Menschen durch Feuerwaffen ums Leben kommen. Für die frühzeitige Berücksichtigung der Waffenkontrolle etwa bei VN-Friedensmissionen haben wir uns eingesetzt, sie kann einen wesentlichen Unterschied bei der Stabilisierung von Staaten in Postkonfliktsituationen machen. Daneben gibt es verschiedene, teilweise komplementäre Ansätze wie man die weltweite Proliferation von Kleinwaffen bekämpfen kann. Ein Ziel der Bundesregierung, das wir auch mit zahlreichen Projekten unterstützen, ist es, den Zufluss von zunächst legalen Waffen aus staatlichen Beständen auf den Schwarzmarkt zu reduzieren. Ein gut gesichertes Waffenlager, das von qualifiziertem Personal geführt wird und nur staatlich registrierte Waffen enthält, ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wenn wir dieses

Verständnis bei den politischen und militärischen Verantwortlichen in der Region verankern können, ist schon viel gewonnen, denn ohne den politischen Willen in den betroffenen Staaten nützt auch die beste Infrastruktur nichts. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns eine effektive Koordinierung sowohl auf der Geber- als auch auf der Empfängerseite. Damit können unseres Erachtens beachtliche Synergien erzielt werden. Deshalb haben wir unsere G7-Präsidentschaft genutzt, um auch in diesem Kreis von wichtigen Gebern im Bereich der Rüstungskontrolle mehr Koordination zu verankern. In diese Richtung werden wir auch in Zukunft weiterarbeiten, auch über unsere G7-Präsidentschaft hinaus. Bundesminister Steinmeier hat das bei der diesjährigen VN-Generalversammlung in New York in einer eigenen Veranstaltung sehr deutlich gemacht, als er das Thema prominent ins Rampenlicht gerückt und zu einer globalen Partnerschaft im Kampf gegen die Kleinwaffenproliferation aufgerufen hat.

Welche Hauptakteure sehen Sie, um Kleinwaffenproliferation und PSSM im Großraum Sahel zu verbessern?

Die für Westafrika wichtigste Regionalorganisation ECOWAS hat schon vor einiger Zeit weitreichende zwischenstaatliche Regelungen für den Umgang und den Handel von Kleinwaffen verabschiedet und die Gründung von nationalen Kleinwaffenkommissionen vorangetrieben. Diesen obliegt dann die Koordinierung der nationalen Behörden und der internationalen Organisationen und Geber. Wenn es um die praktische Verbesserung der Lagerhaltung und dem Umgang mit Waffen und Munition insgesamt geht, sind die Staaten der Region die wichtigsten Akteure. Die Strukturen innerhalb dieser Staaten sind aber sehr unterschiedlich, so dass es kein Standardrezept für alle geben kann. Generell gibt es vielerorts eine gewisse Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen. Beide sind aber für eine erfolgreiche Kleinwaffenkontrolle unverzichtbar, denn Polizei und Militär verfügen über die größten Bestände und technisch gesehen unterscheiden sich die Lösungen für beide Gruppen kaum. Die Kleinwaffenkommissionen brauchen also ein starkes Mandat und ausreichende

Ressourcenausstattung ihrer Regierung, um diese verschiedenen Interessen in konkrete Maßnahmen umsetzen zu können. Dies ist auch der Grund, warum wir in vielen Ländern der Region seit einigen Jahren die nationalen Kommissionen und den regionalen Erfahrungsaustausch zwischen ihnen unterstützen. Die Afrikanische Union wiederum ist für den gesamten Kontinent zuständig und ihr obliegt es, das gleichgerichtete Vorgehen der Regionalorganisationen in der Kleinwaffenpolitik zu unterstützen und die Anbindung an die weltweit gültigen Instrumente der Vereinten Nationen wie etwa dem Kleinwaffenaktionsprogramm sicherzustellen.

Welche Erwartungen richten Sie an die EU und andere westliche Industrienationen in diesem Bereich?

Zunächst geht es uns darum, darauf hinzuwirken, dass die vorhandenen Ressourcen effektiver für die Verbesserung der Kleinwaffenkontrolle eingesetzt werden. Dies bedeutet insbesondere eine engere Abstimmung zwischen den großen Geberstaaten, um regionale und inhaltliche Schwerpunkte sachgerecht zu definieren. Perspektivisch geht es uns auch darum, mehr Geber und Mittel für diese langfristige Form der Konfliktprävention zu gewinnen. Die Einbindung des Themas Waffenproliferation in die bereits erwähnten Entwicklungsziele manifestiert den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Sicherheit, dies möchten wir unseren Partnern noch bewusster machen. Wir planen deshalb ein Treffen im Kreis der wichtigsten Geber für Anfang nächsten Jahres, bei dem wir auf der Grundlage der Ergebnisse der jetzigen Konferenz in Addis unsere gemeinsame Strategie für die nächsten Jahre absprechen wollen.